



## Antrag

der Fraktion der SPD

### **European Green Deal muss auch in der Krise die sozialökologische Wende bringen!**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich auf Bundes- und EU-Ebene dafür einzusetzen, dass trotz der zu bewältigenden Folgen der Corona-Pandemie die Ziele des von der Europäischen Kommission vorgeschlagenen und vom Europäischen Parlament konkretisierten „European Green Deal“ ambitioniert umgesetzt werden. Die zu bewältigenden wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Corona-Pandemiekrise dürfen nicht dazu führen, dass die Bekämpfung des Klimawandels als eine der zentralen Herausforderungen, vor denen Europa steht, in den Hintergrund und die sozialökologische Wende, wie sie der European Green Deal skizziert, aus dem Blick gerät. Der Deal verbindet die notwendigen Maßnahmen für den Umwelt- und Klimaschutz mit Handlungsanweisungen, um den sozialen Konsequenzen erfolgreich zu begegnen. Zu dieser nachhaltigeren Gestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft muss sich auch die Landesregierung in der Umsetzung in Schleswig-Holstein verpflichten.

Dazu gehören u.a. folgende Maßnahmen:

- ehrgeizigere Reduktionsziele für das von der Kommission vorgeschlagene EU-Klimagesetz
- die Umsetzung der von der Kommission vorgeschlagenen Strategie zur nachhaltigen Lebensmittelproduktion („Vom Hof auf den Tisch“)
- ein neuer Aktionsplan für die Kreislaufwirtschaft einschließlich einer Initiative für nachhaltigere Produkte
- Umsetzung der Biodiversitätsstrategie 2030 mit besonderer Berücksichtigung der Vorschläge für den Meeresschutz

- eine europäische Wasserstoffstrategie
- Förderung der energetischen Sanierung von Gebäuden
- Erweiterung des Green Deal um Umschulungs- und Weiterbildungsprogramme für die vom Strukturwandel betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Der Green Deal muss das Fundament für alle EU-Ausgaben sein, sowohl für den neuen Mehrjährigen Finanzrahmen als auch für den Wiederaufbaufonds zur Bewältigung der Folgen der Corona-Pandemie.

Damit der European Green Deal gelingt, müssen die angestrebten Reformen vor Ort umgesetzt werden. Auch Schleswig-Holstein muss hier seiner Verantwortung für eine sozialökologische Wende gerecht werden.

Begründung:

Im Dezember 2019 hat die Präsidentin der Europäischen Kommission Ursula von der Leyen einen „European Green Deal“ vorgeschlagen, der breit angelegt ist und zahlreiche Maßnahmen in vielen Politikbereichen enthält. Ziel ist es, bis 2050 ein klimaneutrales Europa zu schaffen. Der Green Deal ist vom Europäischen Parlament begrüßt worden, das in einer Stellungnahme im Januar 2020 gefordert hat, die Pläne mit einer starken sozialen Komponente zu untermauern und insbesondere den Übergang sozial abzufedern. In einer weiteren Stellungnahme vom Mai 2020 fordert das Parlament, dass der Green Deal im Mittelpunkt des Aufbauprogramms als Folge der Coronakrise steht. Für das von der Kommission vorgeschlagene EU-Klimagesetz fordert das Parlament u.a. eine Anhebung des Reduktionsziels für Emissionen bis 2030 von 40 Prozent auf 60 Prozent.

Mit den vorgeschlagenen und vom Parlament konkretisierten Maßnahmen des European Green Deal kann Europa klimaneutral gestaltet werden. Sie müssen so gestaltet sein, dass die Menschen bei diesem Umbau auch mitgenommen werden.

Regina Poersch  
und Fraktion